

Bei Arbeitskosten auf Platz zwei

Luxemburg. Unternehmen in Luxemburg zahlen nach Dänemark die meisten Arbeitgeber in der EU. Das schreibt das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung in Berlin in einer Studie, die auf Eurostat-Zahlen von 2018 basiert. Arbeitgeber der Privatwirtschaft in Dänemark zahlen demnach 44,7 Euro pro geleistete Arbeitsstunde, in Luxemburg 40,4 Euro und in Belgien 40,0 Euro. Schweden folgt auf Rang 4 mit 39,3 Euro, Frankreich mit 36,5 Euro und Deutschland auf Rang 6 mit 35 Euro. Im Durchschnitt betragen im Euroraum die Arbeitskosten pro Stunde 30,6 Euro; in der Europäischen Union 27 Euro. Arbeitskosten sind neben dem Bruttolohn die Arbeitgeberanteile an den Sozialbeiträgen und Kosten für die berufliche Bildung. *MeM*

Boomender Stadtteil Cloche d'Or



Luxemburg. Der französische Asset Manager La Française hat sich im Auftrag südkoreanischer Investoren an dem luxemburgischen Unternehmen DELO 1 beteiligt. Das Unternehmen besitzt das siebzehnstöckige Bürogebäude mit 31 000 m² Fläche, das den Namen „D.Square“ trägt und neue Zentrale des Beratungsunternehmens Deloitte Luxembourg ist. Ein Kaufpreis wurde nicht genannt. Laut vorhergehenden Medienberichten dürfte er zwischen 225 und 250 Millionen Euro liegen. Auch der Immobilienentwickler Eaglesone kündigte gestern an, zwischen 2020 und 2022 im Stadtteil Cloche d'Or eine 4 500 Quadratmeter umfassende Büroimmobilie bauen zu wollen, die den Namen „Prism“ tragen soll. *C./MeM*

Schwere Zeiten für Stahlhersteller

Essen. Die schwache Auftragslage für die Stahlbranche wird nach Einschätzung des Konjunkturforschers Prof. Roland Döhrn vom Essener Wirtschaftsforschungsinstitut RWI vorerst anhalten. Der Abschwung sei nicht nur eine Folge der zunehmenden Importe nach Europa, sondern komme auch daher, dass die großen Stahlverwerder Automobilbau und Maschinenbau schwächelten. Die deutsche Wirtschaftsvereinigung Stahl warnte gestern zudem vor Risiken bei der Stromversorgung durch den Kohleausstieg. *dpa/MeM*

Die Zahl des Tages

10 Milliarden

Mit seinem 2010 gestarteten EMTN-Programm hat sich ArcelorMittal zehn Milliarden Euro geliehen. Die letzte Anleihe wurde gestern begeben.

Finanzplatz auf soliden Füßen

„Commission de surveillance du secteur financier“: positive Bilanz mit leichten Sorgen

Von Pierre Leyers

Luxemburg. Banken, Fondsgesellschaften, Finanzdienstleister, Wirtschaftsprüfer – sie alle werden von der „Commission de surveillance du secteur financier“ (CSSF) überwacht. Die Aufsichtsbehörde ist zuständig für einen Sektor, der 50 000 Beschäftigte zählt. Am Donnerstag stellte sie ihren Tätigkeitsbericht 2018 vor.

„Der Finanzsektor befindet sich in guter Gesundheit“, heißt es darin. Dennoch gibt es einige Schwachstellen. Vor allem die sinkende Profitabilität bereitet den Finanzinstituten und ihrer Aufsicht Sorgen.

Es sind vor allem die steigenden Kosten, die zu einem Rückgang des Jahresüberschusses der mittlerweile nur noch 132 Luxemburger Banken führen. Jahr für Jahr steigen die „sonstigen Aufwendungen“ an. Bei jeder sechsten Bank am Platz lag das Aufwand-Ertrag-Verhältnis über 100 Prozent – mit anderen Worten, ein Sechstel aller Banken schrieb rote Zahlen. „Es ist keine Gefahr im Verzug“, gibt CSSF-Direktor Claude Wampach, zuständig für den Bankensektor, Entwarnung. Der Grund: Die Luxemburger Institute verfügen über beträchtliche Eigenmittel. Ihr Solvabilitätskoeffizient beläuft sich auf über 25 Prozent. Sollte das Umfeld aus Restrukturierungsdruck, kostspieliger Regulierung und historisch niedrigen Zinsen aber über einen längeren Zeitraum anhalten, dürfte auch den bestausgestatteten Banken die Luft ausgehen. Dieser Moment ist derzeit noch fern.

Ein besonderes Augenmerk legt die CSSF auf den Immobilienmarkt. Der Anteil notleidender Kredite an den Bilanzen Luxemburger Banken liegt bei weniger als einem Prozent. Dennoch ruft Claude Marx zur Wachsamkeit auf, insbesondere, was die Hypothekendarlehen für Privatpersonen anbelangt. Der Generaldirektor der Finanzaufsichtsbehörde weist im Vorwort des Berichts darauf hin, dass allein im Lauf des letzten Jahres die Wohnungspreise um 9,3 Prozent gestiegen sind, all dies in einem Umfeld historisch niedriger Zinsen. Mit Sorge beobachtet die CSSF eine Verminderung der Standards bei der Bewilligung von Immobilienkrediten.

Zwei Herausforderungen: Digitalisierung und Ökologie

In den kommenden Jahren stehe der Finanzplatz vor den Herausforderungen sowohl eines digitalen als auch eines ökologischen Wandels, schreibt Claude Marx im Vorwort. Dabei gebe es, bei aller Umstellung, zwei Gewissheiten: Einerseits werden sich die Berufsbilder am Finanzplatz tief greifend verändern, andererseits werden die Computer nicht die Menschen ersetzen. Die menschliche Intelligenz müsse die künstliche Intelligenz kontrollieren, und nicht anders herum, heißt es in dem Bericht. Die Zukunft gehöre denjenigen, die das Know-how der Finanzprofis mit neuen Technologien verbinden können, und dabei noch ihre Prozesse optimieren. Nichtsdestotrotz werde der digi-



Eine Brücke verbindet alte und neue Teile. CSSF-Direktion, v.l.n.r.: Françoise Kauthen, Jean-Pierre Faber, Claude Marx, Marco Zwick und Claude Wampach stellen den Bericht vor. – Das neue Gebäude.

tale Übergang zu Veränderungen bei den professionellen Anforderungen führen. „Nicht alle bestehenden Jobprofile können in Beruf von morgen umgewandelt werden“, warnt Claude Marx. In einer ersten Phase werde es daher zu einem negativen Impact auf die Beschäftigung im Finanzsektor kommen. Der Sektor selbst aber werde auch in den kommenden Jahren einer der Motoren der

● Gefahr bei
● Häuserdarlehen:
Im Lauf des letzten Jahres sind die Wohnungspreise in Luxemburg um 9,3 Prozent gestiegen.



„Moonshine“ heißt der neue Teil des Sitzes der CSSF. Fast 900 Mitarbeiter zählt die Behörde an der Route d'Arlon. Fotos: Anouk Antony

Luxemburger Wirtschaft bleiben. Sinkende Steuereinnahmen werden ein weiterer Effekt der Digitalisierung sein, heißt es in dem Jahresbericht, wobei die Frage aufgeworfen wird, ob eine Besteuerung von Robotern die so entgangenen Einnahmen ausgleichen könnte.

Was die ökologische Transition anbelangt, so fordert Claude Marx vom Finanzplatz eine größere Umstellung. In Luxemburg werde die kolossale Summe von 4 500 Milliarden Euro verwaltet. Das Großherzogtum solle sich das ehrgeizige Ziel setzen, zehn Prozent dieser Summe – 450 Milliarden Euro – in nachhaltige Projekte zu investieren, rät Claude Marx. So könne das Land zum Leader im Bereich nachhaltiger Finanzierung werden, ähnlich wie es vor dreißig Jahren mit der Ansiedlung erster Fonds geschah.

Bei so viel Veränderung bleibt es nicht aus, wenn auch die CSSF davon erfasst wird. In etwa fünf bis sieben Jahren werde die Digitalisierung bei der Aufsichtsbehörde dazu führen, dass sie ihre Aufmerksamkeit vermehrt auf Prozesse statt auf die einzelnen Institute richten muss. Die „vertikale Desintegration“ werde dazu führen, dass die Akteure immer mehr vor- und nachgelagerte Produktionsstufen ausgliedern, und damit die Kontrolle erschweren. Neue Akteure wie die sogenannten Fintechs werden die Wertschöpfungskette des Finanzsektors umkrempeln, heißt es in dem Bericht.

Wer Finanzaufsicht sagt, denkt auch an Bußgelder. Diese werden verhängt, wenn z. B. Mängel bei der Bekämpfung von Geldwäsche festgestellt werden. Im Jahr 2017 mussten Institute Strafen in Höhe von insgesamt 17,5 Millionen Euro zahlen, 2018 erreichten die Bußgelder eine Höhe von 5,8 Millionen Euro. Nach dem angelsächsischen Prinzip „naming and shaming“ werden auch die Namen der betroffenen Institute veröffentlicht.

Waren früher die Geldbußen relativ bescheiden, können die Banken jetzt viel stärker zur Kasse gebeten werden. Verstöße gegen geltende Regeln können mit Strafen geahndet werden, die bis zu zehn Prozent der Bilanzsumme erreichen. „Das tut richtig weh“, sagt CSSF-Chef Claude Marx, fügt aber hinzu, dass es der Wunsch seiner Behörde sei, überhaupt keine Strafen verhängen zu müssen.